Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14049**

19. Wahlperiode 16.10.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Frank Schäffler, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Bettina Stark-Watzinger, Markus Herbrand, Katja Hessel, Renata Alt, Nicole Bauer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Torsten Herbst, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Christian Sauter, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Smart Finance – Innovation statt Verbote bei Kryptowährungen, Libra nicht verbieten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest**:**

Die Blockchain-Technologie hat das Potenzial unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Zusammenleben sowie die öffentliche Verwaltung tiefgreifend zu verändern. Obwohl es in Zukunft wahrscheinlich eine ganze Reihe von Blockchain-basierten Geschäftsmodellen geben wird, finden sich derzeit die meisten praktischen Anwendungsfelder im Finanzmarkt. Neben der Kapitalaufnahme durch Initial Coin Offerings oder der Digitalisierung von Wertpapieren ist die Blockchain-Technologie dabei, den internationalen Zahlungsverkehr durch „Kryptoassets“ (auch „Kryptowährungen“ genannt) zu revolutionieren.

Neben der ersten und bekanntesten Kryptowährung, dem Bitcoin, haben sich in den letzten Jahren hunderte von weiteren Kryptoassets etabliert. Um Kryptowährungen als Zahlungsmittel attraktiver zu machen, sind „Stablecoins“ an staatliche Währungen oder andere Vermögenswerte gebunden und haben dadurch voraussichtlich eine geringere Volatilität als z.B. der Bitcoin. Damit bieten sie Milliarden von Menschen (insbesondere in Ländern mit Hyperinflation und weniger entwickeltem Finanzmarkt) potenziell Zugang zu stabilerem Geld und kostengünstigem Zahlungsverkehr via Blockchain-Technologie.

Das bekannteste Pilotprojekt hinsichtlich Stablecoins ist die Kryptowährung „Libra“, welche von einer eigens zu diesem Zweck gegründeten Organisation namens „Libra Association" betrieben werden soll. Zu den Gründungsmitgliedern der Libra Association gehören u.a. Facebook, Uber, Vodafone und Spotify. Das

selbsterklärte Ziel der Libra Association ist es „eine einfache, globale Währung und eine finanzielle Infrastruktur für Milliarden von Menschen bereitzustellen“.

Dies soll erreicht werden, indem die Libra-Währung „vollständig durch eine Reserve realer Vermögenswerte (der Libra-Reserve) gestützt und von einem wettbewerbsfähigen Börsennetzwerk unterstützt wird, das Libra kauft und verkauft“. Obwohl bisher nur ein Konzeptpapier („Whitepaper“) zu dem Projekt vorliegt, lässt sich anhand der namhaften Partnerunternehmen erkennen, dass hier ein Stablecoin geplant ist, der das Potenzial hat weltweite Akzeptanz zu erreichen.

Anstatt dieser Innovation offen gegenüber zu stehen, will die Bundesregierung „sich auf europäischer und internationaler Ebene dafür einsetzen, dass Stablecoins keine Alternative zu staatlichen Währungen werden“. Auch ein pauschales Verbot von Libra steht im Raum (siehe u.a. "Politik will Facebook-Geld stoppen", "Welt" vom 18.09.2019).

Die potenziellen Vorteile von Kryptowährungen werden jedoch nicht durch pauschale Verbote nutzbar gemacht, sondern durch die klare Anwendung bestehender Gesetze und durch international abgestimmte innovationsoffene Regulierung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, keine pauschalen Verbote von Kryptowährungen auszusprechen, sondern sich international für eine innovationsoffene Regulierung einzusetzen:

1) Innovation statt Verbote von Kryptowährungen betonen

Die "Blockchain-Strategie" der Bundesregierung darf sich nicht nur auf die hypothetischen Nachteile von Kryptowährungen konzentrieren, sondern muss verstärkt die Vorteile dieser Innovation in den Mittelpunkt stellen. Der Möglichkeit, durch Kryptowährungen einen günstigeren und schnelleren internationalen Zahlungsverkehr zu schaffen sowie wertstabileres Geld für Milliarden Menschen (insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern) bereit zu stellen, darf nicht mit pauschalen Verboten begegnet werden. Stattdessen bedarf es klarer Standards, die die Weltbevölkerung an dieser Innovation teilhaben lassen.

2) Bestehende Regulierung zu Kryptowährungen anwenden

Anstatt Sonderverbote für Libra oder andere Stablecoins zu fordern, sollte die Bundesregierung den bestehenden Regulierungsrahmen anwenden. Mit der europäischen E-Geld-Richtlinie bestehen bereits grundlegende Vorgaben für Kryptowährungen, die je nach Ausgestaltung des Produkts von den Bestimmungen für Finanzinstrumente und Kreditinstitute sowie zu Geldwäsche und Datenschutz flankiert werden.

3) Die Bundesregierung sollte sich auf europäischer und internationaler Ebene für eine innovationsoffene Regulierung von Stablecoins einsetzen

Die Blockchain-Technologie ermöglicht Geschäftsmodelle, bei denen die bestehenden gesetzlichen Vorgaben an ihre Grenzen stoßen. Daher sollte sich die Bundesregierung international für einen sicheren Rechtsrahmen für die Blockchain-Technologie einsetzen. Ein solcher Rechtsrahmen muss bei Stablecoins gleich mehrere komplexe Bereiche berücksichtigen. Von Daten- und Verbraucherschutz über Geldwäschebekämpfung bis zu Finanzmarktstabilität sind klare Regeln erforderlich. Die potenziellen Vorteile von Kryptowährungen für Deutschland und den Rest der Welt werden jedoch nicht durch pauschale Verbote nutzbar gemacht,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

sondern durch innovationsoffene und technologieneutrale Vorgaben in diesen Bereichen.

Berlin, den 15. Oktober 2019

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.